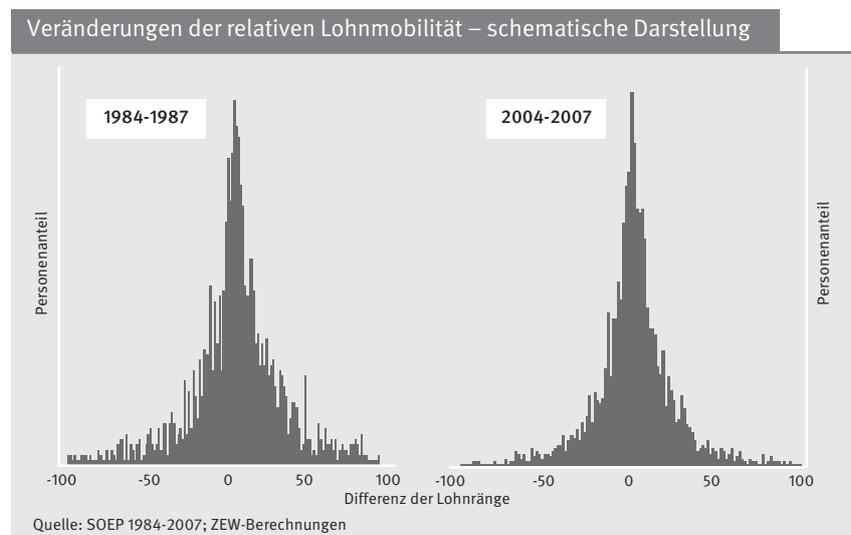


Aufstieg in höhere Einkommensklassen in Deutschland zunehmend schwerer

Wie stehen die Chancen für die Männer in Westdeutschland, ihre Einkommensposition im Laufe des Erwerbslebens zu verbessern? Um diese Frage zu beantworten, untersucht eine aktuelle Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW), wie sich die Lohnmobilität über die letzten 24 Jahre entwickelt hat. Hierzu vergleicht die Studie die relative individuelle Lohnposition über die Jahre 1984 bis 2007, jeweils über einen Zeitraum von vier Jahren.



Die ZEW-Studie (Discussion Paper Nr. 09-44) stützt sich auf Daten des Sozio-ökonomischen Panels (SOEP). Für den Untersuchungszeitraum werden Datensätze von mehreren tausend Männern (zum Beispiel 2.750 Personen im Zeitraum 2004-2007) aus Westdeutschland ausgewertet, die zwischen 20 und 65 Jahre alt sind und somit den Zeitraum der regulären Erwerbstätigkeit gut abbilden. Personen aus den neuen Bundesländern sind nicht in die Untersuchung einbezogen, weil keine Vergleichsdaten aus den Jahren vor 1990 existieren. Dasselbe gilt für Frauen, da

in ihren Erwerbsbiografien häufig Kinder oder andere familiäre Zusammenhänge berücksichtigt werden müssten und die Vergleichbarkeit somit eingeschränkt wäre.

Die Methodik der Studie orientiert sich an einer Arbeit von Raferzeder und Winter-Ebmer, die die Lohnmobilität für Österreich analysiert haben. Die ZEW-Studie teilt die Jahre 1984 bis 2007 zunächst in 4-Jahres Intervalle ein. Die Intervalle erlauben, den Zeitpunkt einer Zu- oder Abnahme der Lohnmobilität genauer zu erfassen. Für jeden 4-Jahres-Zeitraum wird die Lohn-

verteilung dargestellt. Die x-Achse bezeichnet den inflationsbereinigten Bruttostundenlohn, aufgeteilt in 100 Perzentile. Jedes Perzentil stellt einen Lohnrang dar mit jeweils einer gleichen Anzahl an Personen. Am linken Rand werden die Lohnränge von den Intervallen 1,07 Euro bis 5,26 Euro und am rechten Rand von 50 Euro bis 86,67 Euro Bruttostundenlohn begrenzt (für die Periode 2004-2007).

Die Studie untersucht für jeden 4-Jahres-Abschnitt, ob beziehungsweise wie sich die Lohnposition der Individuen verändert. So steigt etwa die relative Lohnposition um 5 Ränge, wenn sich ein Erwerbstätiger 2004 im 15. Perzentil befindet, im Jahr 2007 aber in das 20. Perzentil aufgestiegen ist. Eine Veränderung von 99 Rängen ergäbe sich, wenn ein Erwerbstätiger vom ersten Perzentil

IN DIESER AUSGABE

Aufstieg in höhere Einkommensklassen in Deutschland zunehmend schwerer	1
China auf der Überholspur	2
ZEW-Studie belegt Ineffizienzen auf nationalen Immobilienaktienmärkten	3
Deutsche Forscher profitieren besonders vom EU-Forschungsrahmenprogramm	4
Einsatz von Unternehmenssoftware	5
Jüngere häufiger Opfer von Gewalt	5
Nachgefragt: Welche Faktoren beeinflussen die Sozialstaatsmoral?	6
Substanzbesteuerung wirkt in turbulenten Zeiten krisenverschärfend	7
Erste Konferenz zur Ökonomie gemeinnütziger Spenden am ZEW	9
ZEW intern, Expertenseminare, ZEW Discussion Papers	8, 10
Daten und Fakten	11
Standpunkt	12

FORSCHUNGSERGEBNISSE

in das 100. Perzentil wechselte oder umgekehrt. Solch ein Sprung dürfte eher unüblich sein, da dieser eine Lohnveränderung von ganz unten in der Gehaltsklasse nach ganz oben oder umgekehrt bedeutete.

Abnehmende Lohnmobilität

Rund 80 Prozent der Erwerbstätigen zwischen 2004 und 2007 verzeichnen Veränderungen ihrer relativen Lohnpositionen zwischen minus 17 und plus 19 Lohnrängen, wobei der Schwerpunkt deutlich bei einer Veränderung von 0 liegt, also keine relative Lohnveränderung stattfand. In den Zeiträumen davor war die Verteilung der relativen Lohnänderungen weniger komprimiert und die individuellen Löhne somit relativ mobiler (siehe die Abbildungen für die Perioden 1984-1987 und 2004-2007). Demnach war in den 1980er und zu Be-

ginn der 1990er Jahre ein Auf- beziehungsweise Abstieg zwischen den Lohnrängen relativ häufiger. Wie die Analyse zeigt, reduziert sich dann die Lohnmobilität ab Mitte der 1990er Jahre zunehmend. Dass sich die Lohnmobilität im Laufe des Untersuchungszeitraums verringert hat, weist darauf hin, dass es in Deutschland in den letzten Jahren schwerer geworden ist, vom „Tellerwäscher zum Millionär“ aufzusteigen. Weniger plakativ formuliert, ist die Wahrscheinlichkeit, ein höheres Einkommen im Laufe des Erwerbslebens zu erreichen, in den letzten Jahren für die Erwerbstätigen gesunken.

Die Studie untersucht darüber hinaus, welchen Personen beziehungsweise unter welchen Bedingungen es leichter fällt, einen höheren Lohnrang zu erreichen. Es zeigt sich, dass die Aufwärtslohnmobilität am höchsten für Personen im Alter zwischen 30 und 39

Jahren ist. Von 2004 auf 2007 konnten sich die 30 bis 39jährigen im Vergleich zu über 50jährigen im Durchschnitt um 2,31 Lohnränge verbessern. Im Zeitraum von 1984 auf 1987 hatten sie noch eine Verbesserung um im Schnitt 3,21 Ränge erzielen können – auch daran zeigt sich die abnehmende Lohnmobilität. Ferner sind Aufstiege in höhere Lohnränge wahrscheinlicher für Hochschulabsolventen, Arbeitnehmer in größeren Unternehmen und Personen im öffentlichen Sektor sowie für Angestellte.

Die Ergebnisse stimmen im Wesentlichen mit den Ergebnissen überein, die Raferzeder und Winter-Ebmer 2007 für die Lohnmobilität in Österreich dargestellt haben. Um die Gründe der abnehmenden Lohnmobilität in Deutschland zu benennen, sind weitere Analysen erforderlich.

Johannes Gernandt, gernandt@zew.de

China auf der Überholspur

Auch in Zukunft wird China zu den am schnellsten wachsenden Volkswirtschaften der Welt gehören. Chinas Anteil am weltweiten Bruttoinlandsprodukt (BIP) dürfte in den kommenden zehn Jahren weiter steigen, der Anteil der Vereinigten Staaten dagegen sinken. Jedoch werden die Vereinigten Staaten in zehn Jahren weiterhin stärker zum globalen BIP beitragen als China. Zu diesem Ergebnis kommt eine aktuelle Umfrage des ZEW unter 249 Finanzmarktexperten.

Chinas Wirtschaft ist in den vergangenen drei Jahrzehnten um durchschnittlich neun Prozent gewachsen. In Boomjahren erreichte das Land sogar Wachstumsraten von 13 Prozent. Zum weltweiten BIP trägt China erheblich bei. Derzeit liegt sein Anteil daran etwa bei fünf Prozent. In den kommenden zehn Jahren, so prognostizieren 55 Prozent der Umfrageteilnehmer, wird das Land diesen Anteil auf 10 Prozent verdoppeln. 33 Prozent erwarten sogar einen Ausbau auf 15 Prozent.

Gleichzeitig geht die Mehrheit der Experten davon aus, dass der Beitrag der Vereinigten Staaten zur globalen Wertschöpfung sinken wird. Gegenwärtig beläuft sich der Anteil der Vereinig-

ten Staaten am globalen BIP auf rund 27 Prozent. Nach Einschätzung von 54 Prozent der Befragten wird er in den nächsten zehn Jahren auf 20 Prozent zurückgehen. 35 Prozent prognostizieren immerhin noch einen Anteil von 25 Prozent. Im Ergebnis geht die deutliche Mehrheit aber trotz ihrer rückläufigen Erwartungen davon aus, dass die Vereinigten Staaten auch in zehn Jahren weiterhin stärker zum weltweiten BIP beitragen als China.

Um den Yuan wettbewerbsfähig zu halten, hat China in den vergangenen Jahrzehnten enorme Devisenreserven aufgebaut. Dass Chinas Währungsreserven in den nächsten fünf Jahren weiter wachsen – allerdings in geringerem

Tempo als bisher, davon sind 80 Prozent der Umfrageteilnehmer überzeugt. Etwa 70 Prozent von Chinas Währungsreserven entfallen derzeit auf den US-Dollar. 89 Prozent der Befragten gehen davon aus, dass China diesen Anteil in den nächsten fünf Jahren abbauen wird.

Angesichts der Bemühungen der chinesischen Zentralbank, ihrer Währung auf dem internationalen Parkett mehr Geltung zu verschaffen, wurden die Experten nach grundsätzlichen Problemen gefragt, die der allgemeinen Akzeptanz des Yuan im Wege stehen. Die politische Stabilität und den Offenheitsgrad Chinas sehen in diesem Kontext 84 Prozent der Befragten als problematisch. 67 Prozent bewerten die Ausgestaltung des chinesischen Kapitalmarktes kritisch. Eine unstete Wachstumsdynamik Chinas halten die Experten dagegen für vergleichsweise unproblematisch.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Daniel Winkler

FORSCHUNGSERGEBNISSE

ZEW-Studie belegt Ineffizienzen auf nationalen Immobilienaktienmärkten

In der Wissenschaft besteht heute weitgehend Einigkeit darüber, dass die Aktienmärkte zumindest als schwach-informationseffizient bezeichnet werden können und es Anlegern daher nicht möglich ist, durch systematische Abweichungen von einer Buy-and-Hold-Strategie Überrenditen zu erzielen. Eine aktuelle Analyse des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) zeigt jedoch, dass die (schwache) Informationseffizienz für die internationalen Immobilienaktienmärkte nur sehr eingeschränkt zutrifft. Stattdessen belegt die Studie, dass nationale Märkte existieren, auf denen sich auf Basis von Handelsstrategien gegenüber einer Buy-and-Hold-Strategie Überrenditen erzielen lassen.

Die Hypothese effizienter Märkte besagt, dass Wertpapierpreise alle zu einem bestimmten Zeitpunkt verfügbaren Informationen vollständig widerspiegeln. Die Überprüfung schwach-effizienter Märkte konzentriert sich auf die Frage, ob alle Informationen, die sich aus der Entwicklung der Wertpapierpreise in der Vergangenheit ableiten lassen, bereits in den aktuellen Preisen berücksichtigt sind. Für die Aktienmärkte im Allgemeinen gilt die Hypothese informationseffizienter Märkte zumindest in dieser schwachen Form als weitgehend erfüllt. Dies bedeutet, dass es Investoren nicht möglich ist, auf Basis von Handelsstrategien, die auf einer technischen Analyse basieren, gegenüber einer Buy-and-Hold-Strategie Überrenditen zu erreichen.

Allerdings bestehen bisher nur sehr vereinzelte, über den US-amerikanischen Markt hinausgehende Studien zur Analyse der schwachen Informationseffizienz an den Immobilienaktienmärkten. Die Untersuchung des ZEW (Discussion Paper Nr. 09-054) befasst sich daher in einem globalen Kontext mit der Renditeentwicklung von Immobilienaktien auf insgesamt 14 nationalen Märkten. Die Untersuchung betrachtet den Zeitraum von Januar 1990 bis Dezember 2006.

Die in der Studie angewandten klassischen statistischen Testverfahren zur Überprüfung der schwachen Informationseffizienz lehnen diese für die Immobilienaktienmärkte mehrheitlich ab.

Lediglich für den australischen Markt wird die Hypothese der schwachen Informationseffizienz bei keinem der vier angewandten Testverfahren verworfen. Als zusätzlicher Test auf die Robustheit

schon und schweizerischen Immobilienaktienmarktes gegenüber einer Buy-and-Hold-Strategie Überrenditen zu erzielen sind. Werden Transaktionskosten einbezogen, sind für den kanadischen und US-amerikanischen Markt ebenfalls keine Überrenditen mehr erreichbar. Dagegen bleibt für die übrigen Märkte die Vorteilhaftigkeit zumindest einer der vier Handelsstrategien gegenüber der Buy-and-Hold-Strategie erhalten. Insbesondere zeigt sich die Vorteilhaftigkeit von Handelsstrategien für sehr volatile Märkte wie Hongkong und Singapur. Da gerade der australische

Durchschnittliche Jahresrenditen ausgewählter Märkte in Prozent

Immobilienaktienmarkt	Buy and Hold Strategie	Handelsstrategie ohne (mit) Transaktionskosten			
		I	II	III	IV
Australien	15,80	9,92 (2,43)	8,65 (3,65)	8,79 (6,03)	11,55 (10,63)
Deutschland	7,70	10,01 (3,33)	9,76 (5,37)	9,21 (7,00)	8,87 (8,22)
Frankreich	15,83	13,40 (6,01)	14,57 (9,57)	18,59 (16,17)	17,63 (17,10)
Hongkong	12,45	36,98 (29,05)	31,19 (26,29)	24,66 (22,10)	17,57 (16,89)
Kanada	12,53	18,20 (10,78)	36,93 (11,20)	11,52 (8,88)	13,03 (12,34)
Schweden	2,72	19,66 (12,38)	21,04 (16,22)	17,05 (16,48)	21,89 (16,67)
Schweiz	8,73	-14,44 (-21,56)	-6,96 (-12,21)	-2,96 (-6,19)	8,28 (7,49)
Singapur	7,66	28,46 (20,61)	20,56 (15,68)	22,30 (19,85)	13,90 (12,92)
Verein. Königreich	13,12	18,07 (11,03)	15,90 (11,17)	18,85 (16,62)	18,51 (18,21)
Verein. Staaten	20,25	22,61 (15,32)	19,27 (14,58)	18,30 (15,84)	18,10 (17,38)

Quelle: ZEW

der Ergebnisse und auf Grund ihrer praktischen Relevanz wird eine auf gleitenden Durchschnitt basierende Handelsstrategie implementiert.

Überrenditen durch Handelsstrategien

Die Tabelle gibt die über den Untersuchungszeitraum durchschnittlich erzielte Jahresrendite auf Basis der Buy-and-Hold-Strategie beziehungsweise einer der vier getesteten Handelsstrategien an. Insgesamt zeigen die Ergebnisse, dass über den Beobachtungszeitraum – ohne Berücksichtigung von Transaktionskosten – durch eine entsprechende Handelsstrategie für alle Märkte mit Ausnahme des australi-

und der US-amerikanischen Immobilienaktienmarkt im internationalen Vergleich eine lange Historie und einen gefestigten institutionellen Rahmen besitzen, legen die Ergebnisse die Vermutung nahe, dass die vorhandenen Ineffizienzen mit einem zunehmenden Entwicklungsniveau der einzelnen Märkte abnehmen.

Daher bleibt abzuwarten, inwieweit die Informationseffizienz an den internationalen Immobilienaktienmärkten durch ein verstärktes Interesse von institutionellen Investoren und Analysten an diesen Märkten, durch die steigende Anzahl derivativer Produkte und durch einen voranschreitenden Reifeprozess dieser Märkte zunimmt.

Dr. Felix Schindler, schindler@zew.de

Deutsche Forscher profitieren besonders vom EU-Forschungsrahmenprogramm

Wissenschaftler aus Deutschland nehmen bei der Ausschöpfung der Fördermöglichkeiten im sechsten EU-Forschungsrahmenprogramm eine Spitzenposition ein. Zu diesem Ergebnis kommt eine Studie, die das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung durchgeführt hat.

Die Studie zeigt, dass Wissenschaftler und Unternehmen in Deutschland während der Laufzeit des sechsten EU-Forschungsrahmenprogramms von 2002 bis 2006 rund drei Milliarden Euro und damit mehr Projektmittel eingeworben haben als Beteiligte aus anderen europäischen Ländern. Bemerkenswert ist dabei der vergleichsweise große Abstand zu anderen großen EU-Mitgliedern wie beispielsweise das Vereinigte Königreich oder Frankreich. Die bevölkerungsstarken deutschen Bundesländer, etwa Baden-Württemberg, Bayern und Nordrhein-Westfalen, weisen jeweils für sich eine Beteiligung auf, die jene von anderen europäischen Staaten wie Schweden oder Österreich übersteigt.

Starke internationale Vernetzung

Neben der finanziellen Unterstützung von Forschungsprojekten liegt der Mehrwert der Beteiligung für deutsche Partner insbesondere in der Netzwerkbildung, im Wissensaustausch und in der Erschließung von Märkten. Insgesamt arbeiten deutsche Wissenschaftler und Unternehmen mit Partnern aus 138 Staaten zusammen. Oftmals nutzen sie dabei bestehende Kontakte aus einer früheren Beteiligung auch für eine neuerliche Beteiligung an einem Konsortium.

Daneben ist die hohe Beteiligung deutscher Unternehmen ein Merkmal, das Deutschland von anderen Ländern abhebt. So ist jeder vierte deutsche Partner ein Unternehmen, während es im europäischen Vergleich nur etwa jeder fünfte ist. Thematisch fokussieren

deutsche Antragsteller vor allem auf die Bereiche Nano-, Material- und Produktionstechnologien sowie Luftfahrt und Gesundheit.

Bürokratischer Aufwand

Allerdings identifiziert die ZEW-Studie auch Problembereiche des sechsten Forschungsrahmenprogramms, die bislang im derzeit laufenden siebten Forschungsrahmenprogramm noch nicht vollständig beseitigt werden konnten. Zum einen sind die Ausschreibungen meist deutlich überzeichnet, das heißt deutlich mehr Antragsteller haben eine Projektförderung beantragt, als Mittel zur Verfügung standen. Zum anderen weisen beteiligte Wissenschaftler vielfach auf den hohen administrativen Aufwand sowohl bei der Beantragung als auch bei der Durchführung von EU-Projekten hin. Insbesondere wenn ein

Partner dabei als Konsortialführer agiert, steigert sich der Koordinationsaufwand erheblich. Beide Faktoren, die relativ geringe Förderwahrscheinlichkeit und der hohe administrative Aufwand schrecken eine Vielzahl potenzieller Beteiligter davon ab, einen Förderantrag zu stellen.

Rund 10.000 Projekte mit 74.400 EU-Partnern wurden gefördert

Beim Forschungsrahmenprogramm handelt es sich um das wichtigste forschungs-, technologie- und innovationspolitische Instrument der EU, mit dessen Hilfe die internationale Wettbewerbsfähigkeit Europas erhöht werden soll. Das sechste Forschungsrahmenprogramm wurde dabei mit einem Budget von 16,7 Milliarden Euro in verschiedenen Themenbereichen ausgestattet. Während seiner Laufzeit wurden rund 10.000 Projekte unter Beteiligung von 74.400 Partnern aus Ländern der EU, mit dem Forschungsrahmenprogramm assoziierten Staaten und Drittstaaten bearbeitet.

Dr. Christoph Grimpe, grimpe@zew.de

TERMINE

Workshop zu räumlichen Dimensionen des Arbeitsmarktes

Das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) und das Institut für Arbeitsmarkt- und Berufsforschung (IAB) veranstalten am 23. November 2009 einen Workshop zu räumlichen Dimensionen des Arbeitsmarktes. Ziel des Workshops ist es, Arbeitsmarktökonomien, Regionalökonomien, Geografen und Wissenschaftler verwandter Fachgebiete zusammenzubringen, um über Fragestellungen zu diskutieren, die sich aus der räumlichen Dimension des Arbeitsmarktes ergeben. Beispiels-

weise werden der regionale Mismatch von Arbeitssuchenden und Arbeitsstellen sowie die Auswirkungen der Humankapitalströme auf regionale Arbeitsmärkte diskutiert. Darüber hinaus sollen Faktoren der regionalen Lohnbildung, monetäre und nicht-monetäre Determinanten von Humankapitalströmen und die Evaluierung regionaler Arbeitsmarktpolitik im Mittelpunkt des Workshops stehen.

Nähere Informationen finden Sie unter: www.zew.de/veranstaltung1039

FORSCHUNGSERGEBNISSE

Einsatz von Unternehmenssoftware

Unternehmen, die Unternehmenssoftwarepakete einsetzen, sind produktiver als Unternehmen, die auf derartige Softwareanwendungen verzichten. Der Zusammenhang ist dabei am stärksten bei Unternehmen, die alle drei gängigen Softwaresysteme nutzen. Dies zeigt eine aktuelle Analyse des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW).

Die Nutzung von unternehmensweiten Softwarepaketen zur Planung und Steuerung betrieblicher Prozesse, sogenannter Unternehmenssoftware, ist in verschiedenen Wirtschaftszweigen verbreitet. Die Unternehmen erwarten vom Einsatz der Softwaresysteme beispielsweise Prozessbeschleunigungen, verkürzte Lieferzeiten oder bessere Kundenbetreuung. Allerdings beeinflussen die drei gängigsten Unternehmenssoftwaresysteme Enterprise Resource Plan-

ning (ERP), Supply Chain Management (SCM) und Customer Relationship Management (CRM) die Arbeitsproduktivität in unterschiedlichem Maße. Ferner ist es möglich, dass sich Wechselwirkungen zwischen den drei Softwareanwendungen ergeben. Schließlich wirken die Funktionen zusammen und die Systeme greifen auf ähnliche Datenbanken zu. Vorstellbar ist deshalb, dass die Anwendungen zueinander komplementär sind und sich somit in ihren Wirkungen gegenseitig verstärken. Es könnte aber auch sein, dass sie zum Teil ähnliche Funktionen erfüllen und sich somit die Wirkung jeder einzelnen Software abschwächt.

Die Studie untersucht den Zusammenhang zwischen Unternehmenssoftware und der Arbeitsproduktivität von Unternehmen. Die Grundlage der Analyse bildet ein Unternehmensdatensatz, der deutsche Unternehmen mit

fünf oder mehr Mitarbeitern verschiedener Branchen aus dem verarbeitenden Gewerbe und dem Dienstleistungssektor umfasst.

Positives Zusammenspiel

Es zeigt sich, dass ein positiver Zusammenhang zwischen dem Einsatz von Unternehmenssoftware und der Firmenproduktivität besteht. Weiterhin zeigt die Analyse eine robuste, signifikante Komplementaritätsbeziehung zwischen SCM- und CRM-Systemen. Dies gilt besonders dann, wenn die für beide Systeme notwendige IT-Infrastruktur durch ein ERP-System bereitgestellt wird. Besonders produktiv sind demnach diejenigen Unternehmen, die alle drei Unternehmenssoftwarepakete gemeinsam nutzen.

Benjamin Engelstätter, engelstaetter@zew.de

Jüngere häufiger Opfer von Gewalt

Eine neue ländervergleichende Studie des Zentrums für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) untersucht, ob jung Eingeschulte häufiger Opfer von Gewalt und Mobbing in der Schule werden. Insgesamt wurden diese Zusammenhänge für 17 Länder beleuchtet. Die Ergebnisse bestätigen, dass die jüngeren Kinder einer Klasse häufiger von Klassenkameraden drangsaliert werden als ihre älteren Mitschülerinnen und Mitschüler.

Mehrere aktuelle bildungsökonomische Veröffentlichungen befassen sich mit den Auswirkungen des Einschulungsalters auf den schulischen Erfolg und die kognitive Entwicklung der Kinder. Diese Studien berücksichtigen jedoch nicht die weitere Persönlichkeitsentwicklung der jungen Menschen. Deshalb beleuchtet die vorliegende

Studie Alterseffekte in Bezug auf soziale Ergebnisse. Die Studie geht der Frage nach, ob Kinder, die zu einem bestimmten Zeitpunkt (in der vierten Klasse) beobachtet werden, darunter leiden, wenn sie auf Grund ihres Einschulungsalters die jüngsten in der Klasse sind.

Mobbing trifft Jungen und Kinder mit Migrationshintergrund

Auf der Grundlage individueller Schülerdaten für 17 Länder, die an der Grundschullesestudie IGLU teilgenommen haben, zeigt sich folgendes: Die auf Grund der entsprechenden Einschulung nach offiziellen Stichtagsregelungen jüngeren Kinder innerhalb von Klassen berichten signifikant häufiger, von Mobbing oder Gewalt in der Schule betroffen zu sein als die älteren. Dies gilt insbesondere für Jungen und für Schü-

lerinnen und Schüler mit Migrationshintergrund. Betrachtet man die Effekte, die für die einzelnen Länder geschätzt werden, zeigt sich eine positive Korrelation zwischen der Auswirkung des Alters auf die Leistungen in der Grundschullesestudie und dem Alterseffekt auf die sozialen Ergebnisse. Die Kinder, die auf Grund ihres Alters unter Mobbing oder Gewalt leiden, erzielen demnach gleichsam tendenziell schlechtere Testergebnisse.

Alle untersuchten Länder wenden Stichtagsregeln zur Einschulung an. Die betrachteten Länder verfolgen unterschiedliche Einschulungspolitiken mit verschiedenen absoluten Einschulungsaltern. Der Alterseffekt scheint also unabhängig davon zu sein, zu welchem absoluten Alter (etwa mit fünf, sechs oder sieben Jahren) eingeschult wird.

Dr. Andrea Mühlenweg, muehlenweg@zew.de

Nachgefragt: Welche Faktoren beeinflussen die Sozialstaatsmoral?

Moral wird in schlechten Zeiten knapper

Warum erschleichen sich Menschen soziale Leistungen beim Staat? Was bewegt sie, die Steuererklärung ehrlich auszufüllen? Fragen wie diese untersucht Dr. Friedrich Heinemann, Leiter des Forschungsbereichs Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft am ZEW, in seinem aktuellen Forschungsprojekt „Determinanten der Sozialstaatsmoral“. Darüber hinaus erklärt er im Interview, welchen Einfluss die Wirtschaftskrise auf die Sozialstaatsmoral und die Steuerehrlichkeit der Menschen hat.

Warum beschäftigen sich Ökonomen mit Dingen wie Moral? Ist das nicht Sache von Gesellschaftsphilosophen oder Theologen?

Zu lange haben Ökonomen den Menschen als schlichten eigennutzorientierten Homo Oeconomicus interpretiert. So machtvoll dieses Grundmodell ist, so unvollständig sind seine Vorhersagen. Menschliche Verhaltensweisen lassen sich besser verstehen, wenn wir zur Kenntnis nehmen, dass auch ungeschriebene Gesetze das Verhalten stark beeinflussen. Die Tatsache etwa, dass so viele Menschen ehrlich ihre Steuern bezahlen, ist ohne Rückgriff auf das Konzept der Steuermoral nicht erklärbar. Viele Menschen arbeiten zu geringen Löhnen, selbst wenn ihnen das im Vergleich zum Bezug von Sozialleistungen kaum höhere Konsummöglichkeiten verschafft. Hier spielen Wertvorstellungen über die Rolle der Arbeit eine wichtige Rolle. Derartige soziale Normen entscheiden mit darüber, wie gut oder schlecht unser Wirtschafts- und Sozialsystem funktioniert. Als Öko-

nomen dürfen wir sie daher nicht ignorieren.

Wovon hängt es ab, dass sich die Bürger eines Landes redlich oder unredlich gegenüber den staatlichen Systemen verhalten?

Soziale Normen sind durch weite Bevölkerungskreise anerkannte Verhaltensregeln, deren Entstehung oft weit in die Geschichte zurückreicht, die aber ständigen Wandlungen unterworfen sind. Entscheidend ist, dass Normen durch Reziprozität stabilisiert werden. Wenn jemand den Eindruck hat, dass seine Mitmenschen überwiegend ehrlich Steuern zahlen, wird auch seine Bereitschaft dazu anhalten. Wenn hingegen der Eindruck entsteht, dass bestimmte Regeln von anderen nicht mehr eingehalten werden, dann kann dies zur Erosion einer Norm führen. Des Weiteren gilt, dass Anreize die Entwicklung von Normen beeinflussen. Beispielsweise zeigt sich regelmäßig, dass Menschen mit hohem Einkommen tendenziell eine geringere Steuermoral an den Tag legen, umgekehrt aber einen

hohen moralischen Standard in Bezug auf den ehrlichen Umgang mit Sozialleistungen aufweisen. Es werden also die Normen besonders hoch gehalten, deren Einhaltung mit keinen individuellen Opfern verbunden ist. Interessanterweise kehrt hier der Homo Oeconomicus gewissermaßen durch die Hintertür zurück.

Gibt es in den Wohlfahrtsstaaten Europas oder in anderen Ländern Unterschiede was die Ehrlichkeit der Menschen gegenüber ihrem Staat angeht?

Die Empirie zeigt, dass sich soziale Normen in Bezug auf den Wohlfahrtsstaat international stark unterscheiden. Eine wichtige Datengrundlage ist der World Value Survey, in dem seit den 1980er Jahren international koordiniert die identischen Fragen zu individuellen Sichtweisen und Überzeugungen abgefragt werden. Im Hinblick etwa auf die Ablehnung der ungerechtfertigten Inanspruchnahme von Sozialleistungen zeigen die Dänen die höchsten moralischen Standards, während Südeuropa weit hinten liegt.

Wie hat sich die Sozialstaatsmoral im Zeitverlauf entwickelt?

Es gibt keinen international einheitlichen Trend, wohl aber Staaten, in denen die Bereitschaft zum Sozialstaatsbetrug über die letzten Jahre stark zugenommen hat. An der Spitze dieses Erosionsprozesses steht Schweden. Empirische Analysen zeigen dann, dass insbesondere solche Länder mit einer fallenden Sozialstaatsmoral zu kämpfen haben, in denen der Wohlfahrtsstaat zuvor besonders aggressiv ausgebaut wurde. Dies deckt sich mit der Anreizsicht auf die Entwicklung sozialer Normen: Dort, wo ein generöses Transferangebot entsteht, wächst die Versuchung, von diesen Transfers gegebenenfalls ungerechtfertigt zu profitieren. Dies ist eine beunruhigende Einsicht im Hinblick auf die Stabilität des Wohlfahrtsstaats: Wird dieser stark ausge-



Dr. Friedrich Heinemann ist seit 2005 Leiter des Forschungsbereichs „Unternehmensbesteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ am ZEW. Seine Forschungsschwerpunkte sind Fragestellungen des Fiskalwettbewerbs und Föderalismus in Europa. Darüber hinaus untersucht Heinemann die Determinanten von Reformprozessen. Neben seinem Engagement in verschiedenen wissenschaftlichen Arbeitsgemeinschaften ist Heinemann unter anderem Vorstandsmitglied des Arbeitskreises Europäische Integration e.V. und Mitglied im Wissenschaftlichen Direktorium des Instituts für Europäische Politik, Berlin.

Foto: ZEW

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

baut, dann kann dies die normativen Grundlagen unterhöheln, die für seine Funktionsfähigkeit wichtig sind.

Wie wirkt die schwere Wirtschaftskrise auf die Steuer- und Sozialstaatsmoral?

Die aktuelle Rezession ist für die Nachkriegszeit ohne Beispiel. Dennoch kann man auf Basis der Vergangenheitsdaten untersuchen, wie minder schwere Rezessionen auf die Moral –

wiederm gemessen durch den World Value Survey – gewirkt haben. Die theoretische Vermutung ist, dass die Bereitschaft zum Regelbruch in einer Krise steigt. Zum einen sinkt mit dem Einkommen die Fähigkeit, sich individuell kostspielige moralische Standards leisten zu können. Zum anderen verringern sich die Sanktionsdrohungen, weil es etwa bei sprunghaft ansteigender Arbeitslosigkeit für die Behörden

schwieriger wird, zwischen freiwilliger und unfreiwilliger Arbeitslosigkeit zu unterscheiden. Erste empirische Analysen bestätigen den negativen Effekt. Unerforscht ist aber noch, ob Krisen auch dauerhafte Veränderungen in moralischen Grundüberzeugungen verursachen.

Kathrin Böhmer, boehmer@zew.de

Dr. Friedrich Heinemann,
heinemann@zew.de

Substanzbesteuerung wirkt in turbulenten Zeiten krisenverschärfend

Auf Grund der Finanzkrise und den damit verbundenen Rückwirkungen auf die Realwirtschaft sehen sich viele Unternehmen einer Ertragsabschwächung gegenüber. Vor diesem Hintergrund gewinnt der Aspekt der Gewichtung von Substanz- zu Ertragssteuern an Brisanz. Eine aktuelle Studie des ZEW im Auftrag der Industrie- und Handelskammer Region Stuttgart untersucht daher die Bedeutung der Substanzbesteuerung in Deutschland im Zeitraum von 1990 bis 2009. Darüber hinaus analysiert die Studie Auswirkungen der in den vergangenen zwanzig Jahren umgesetzten Maßnahmen zur Reform der Unternehmensbesteuerung auf die Wettbewerbsfähigkeit deutscher Unternehmen.

Das deutsche Steuerrecht wird im Hinblick auf das Verhältnis von Ertrags- zu Substanzbesteuerung durch gegenläufige Entwicklungen geprägt. Mit der Vermögensteuer und der Gewerbesteuer vom Kapital wurden die bedeutsamsten Substanzsteuern in Deutschland in den 1990er Jahren abgeschafft und damit eine zeitweilige Abkehr von der Substanzbesteuerung vollzogen. Gleichzeitig entwickelte sich vor dem Hintergrund eines zunehmend intensivierten Steuerwettbewerbs ein Trend zur Absenkung der tariflichen Ertragsteuerbelastung, deren Einnahmeausfälle teilweise durch eine Verbreiterung beziehungsweise Ergänzung der Bemessungsgrundlage, die Einschränkung des Imparitätsprinzips für steuerliche Zwecke sowie die zeitliche Streckung von Verlustpotenzialen finanziert wurden. Indem zur Verbreiterung der Bemessungsgrundlage in den jüngsten Steuerreformen auch ertragsunabhän-

gige Elemente zur Besteuerung herangezogen werden (insbesondere Zinsschranke, gewerbesteuerliche Hinzurechnungen und Mantelkauf), vollzieht sich eine erneute Zuwendung zur (indirekten) Substanzbesteuerung.

Um die Konsequenzen dieser Entwicklungen in Deutschland in den vergangenen zwanzig Jahren abzuschätzen und die Belastungswirkungen der direkten und indirekten Substanzsteuern aufzuzeigen, wurden die effektiven Steuerbelastungen eines mittelständischen und eines großen Modellunternehmens mit Hilfe des European Tax Analyzers, einem von ZEW und Universität Mannheim entwickelten Computersimulationsprogramm, berechnet.

Strukturelle Defizite bleiben

Im Hinblick auf die Verbesserung der Wettbewerbs- und Investitionsbedingungen vermitteln die Ergebnisse

insgesamt ein zwiespältiges Bild. Einerseits führen die deutlichen Tarifsenkungen sowie die Nichterhebung beziehungsweise Abschaffung der Vermögen- und Gewerbesteuer zu einer deutlichen Verringerung der effektiven Steuerbelastung über den Untersuchungszeitraum und setzen somit eindeutig positive Signale für den Investitionsstandort Deutschland. Dies gilt im Besonderen für mittelständisch strukturierte Kapitalgesellschaften, bei denen aufgrund ihrer Größe und ihrer Finanzierungsstruktur die Tarifsenkungen voll durchschlagen und wesentliche Elemente der Gegenfinanzierungsmaßnahmen nicht greifen. Für große Kapitalgesellschaften, insbesondere, wenn es sich um konzernzugehörige Unternehmen handelt, bei denen die Zinsschranke greift, fallen die Entlastungen geringer aus.

Andererseits verbleiben vorhandene sowie im Zeitablauf hinzugekommene strukturelle und steuersystematische Defizite, die einer Verbesserung der steuerlichen Wettbewerbsfähigkeit sowie einer Stärkung der Standortattraktivität im Wege stehen. Speziell die im Rahmen der Unternehmenssteuerreformen 1999/2000/2002 und 2008 eingeführten Gegenfinanzierungsmaßnahmen sind steuersystematisch schwer zu rechtfertigen. Sie drohen in Konflikt

WIRTSCHAFTSPOLITISCHE ANALYSE

mit dem Verfassungsrecht und dem Europäischen Recht zu stehen, stellen teilweise negative Signale für Investoren dar und wirken durch die Stärkung der indirekten Substanzbesteuerung krisenverschärfend. So zeigen die quantitativen Ergebnisse einer Variation der Erfolgslage sowie der Finanzierungs- und Vermögensstruktur des den Berechnungen zugrunde liegenden Musterunternehmens die asymmetrischen Wirkungen der Steuerreformen in den vergangenen zwanzig Jahren: Während die signifikanten Tarifentlastungen bei ertragsstarken und mit Eigenkapital finanzierten Unternehmen deutlich ins Gewicht fallen, ergeben sich durch die verstärkte Besteuerung von Aufwands-elementen und die Einschränkung der Verlustverrechnungsmöglichkeiten für ertragschwache und stark verschuldete Unternehmen nur geringfügige Entlastungen. Für konzernzugehörige, der Zinsschranke unterliegende Unternehmen, kann sich die effektive Steuerbelastung im Extremfall über den analy-

sierten Untersuchungszeitraum hinweg sogar erhöhen.

Zusätzliche Belastungen

Die Resultate haben auch dann Bestand, wenn die Berechnungen für verschiedene Wirtschaftsbereiche durchgeführt werden. In Abhängigkeit der unternehmensspezifischen Erfolgslage und Finanzierungsstruktur ergeben sich branchenabhängig mehr oder weniger stark ausgeprägte Steuerentlastungen. Während sich für den Straßenfahrzeugbau und im Handel die stärksten Entlastungen feststellen lassen, schneiden Verkehr und Dienstleistung dagegen insgesamt ungünstiger ab. Gersonderte Simulationsrechnungen zu den Auswirkungen der aktuellen Finanz- und Wirtschaftskrise auf die Steuerbelastung der Unternehmen bestätigen die aus der isolierten Variation der Unternehmenskennzahlen ermittelten Ergebnisse und zeigen, dass durch die aktuell im Jahr 2009 geltenden steuer-

lichen Regelungen für Unternehmen in wirtschaftlich turbulenten Zeiten zusätzliche Schwierigkeiten zu erwarten sind. Dies gilt vor dem Hintergrund fallender Gewinne der Unternehmen, eines steigenden Fremdfinanzierungsbedarfs sowie erhöhten Fremdkapitalkosten vor allem für die Regelungen zur Beschränkung des steuerlichen Zinsabzugs im Rahmen der Zinsschranke. Als belastend wirken sich zudem der erhöhte Umfang der gewerbesteuerlichen Hinzurechnungen sowie die Einschränkungen der steuerlichen Verlustverrechnung aus. Die Berechnungsergebnisse verdeutlichen, dass Unternehmen, die der Zinsschranke unterliegen, selbst dann Steuern zahlen müssen, wenn sie Verluste erzielen. Somit sind Steuern aus der Substanz zu zahlen und den Unternehmen wird Liquidität entzogen, die sie zur Bewältigung der Wirtschaftskrise dringend benötigen.

*Benedikt Zinn, zinn@zew.de
Prof. Dr. Christoph Spengel, spengel@uni-mannheim.de*

ZEW INTERN

ZEW-Gründungsmitglied und Aufsichtsrat Otto H. Jacobs feiert 70. Geburtstag

Das ZEW gratuliert herzlich Prof. em. Dr. Dr. h.c. mult. Otto H. Jacobs zum 70. Geburtstag, den er am 12. Oktober be-gangen hat. Jacobs hat maßgeblich an der Erfolgsgeschichte des ZEW mit-geschrieben. Als Mitglied der Experten-kommission zur Gründung des ZEW war er mit daran beteiligt, dass sich die baden-württembergische Landesregie-rung 1990 entschloss, das ZEW in Mannheim anzusiedeln. Darüber hin-

aus hat Jacobs seit Bestehen des ZEW als Forschungsprofessor und Aufsichtsratsmitglied aktiv an der Ausrichtung des Instituts mitgewirkt. So hat sich dank seines Engagements der For-schungsbereich Unternehmensbeste-erung und Öffentliche Finanzwirtschaft ein beachtliches nationales und inter-nationales Renommee erworben. Ins-besondere der European Tax Analyzer, ein Computersimulationsprogramm für internationale Steuerbelastungsver-gleiche, für dessen Einsatz Jacobs die Grundlagen geschaffen hat, genießt in Wissenschaft und Praxis hohe Aner-kenkung. „Otto H. Jacobs ist ein wichti-ger Wegbereiter für das ZEW. Es ist ins-besondere ihm zu verdanken, dass sich das ZEW als exzellentes Forschungs-institut etabliert hat. Dafür schulden wir ihm großen Dank“, sagt ZEW-Präsident Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz.

Jacobs ist einer der renommiertesten Wissenschaftler auf dem Gebiet der Steuerlehre in Deutschland. Vom Jahr 1971 bis zu seiner Emeritierung im Jahr 2006 war er Inhaber des Lehrstuhls und Seminars für Allgemeine Betriebs-wirtschaftslehre, Treuhandwesen und Betriebswirtschaftliche Steuerlehre an der Universität Mannheim. In den Jah-ren 1988 bis 1994 gestaltete er die Uni-versität als Rektor. Die Gründung der Mannheim Business School ist mit sei-nem Wirken verbunden.

„Otto H. Jacobs hat für das ZEW im Besonderen aber auch für die Metro-polregion Rhein-Neckar als Wissen-schaftsstandort Herausragendes ge-leistet. Wir hoffen, dass das ZEW noch lange von seinem Erfahrungsschatz und seinem Rat profitieren kann“, sagt der kaufmännische Geschäftsführer des ZEW, Thomas Kohl.

KONFERENZEN

Erste Konferenz zur Ökonomie gemeinnütziger Spenden am ZEW

Am 8. und 9. Oktober 2009 veranstaltete das ZEW gemeinsam mit der Universität Karlsruhe sowie dem Arbeitskreis Europäische Integration und unterstützt durch die Europäische Kommission erstmalig eine Konferenz zur Ökonomie gemeinnütziger Spenden. An der Konferenz nahmen 33 Wissenschaftler sowie Praktiker aus Europa, Australien, Singapur, der Türkei und den Vereinigten Staaten teil.

In seiner Ansprache betonte Manfred Lautenschläger, Gründer der gleichnamigen Stiftung, die Bedeutung der Forschung über den Non-Profit-Sektor, die bereits zu einem verbesserten Wissensstand und einer erhöhten Professionalität beigetragen habe. Gleichzeitig warb er für einen verstärkten Beratungs- und Praxisbezug der Forschung. Er wies darauf hin, dass es im Bereich der Finanzierung von Non-Profit-Organisationen (NPO) großes Potential für die akademische Forschung gebe. Dies betreffe zum einen Fragen der Kapitalstruktur von NPOs sowie innovative Formen des Spendens, die in Deutschland nach wie vor wenig entwickelt seien.

Spenden sind höchste Stufe des sozialen Handelns

Unter den geladenen Rednern präsentierte zunächst Ludwig von Auer von der Universität Trier eine empirische Analyse eines Reformvorschlages zur steuerlichen Behandlung von Spenden in Deutschland. Auer schlägt vor, den bisher geltenden Sonderausgabenabzug für Spenden aufkommensneutral durch eine Steuerermäßigung von rund 50 Prozent, wie sie bereits für Spenden an politische Parteien existiert, zu ersetzen.

Theo von Schuyt (VU Amsterdam) präsentierte die Ergebnisse einer Umfrage zu Corporate Social Responsibility (CSR) und Unternehmensspenden unter niederländischen Unternehmen. Die Studie zeige, dass bereits mehr als die Hälfte der befragten Unternehmen eigenen Angaben zufolge in CSR-Tätig-

keiten investieren. Darüber hinaus unterstützen die Ergebnisse die Hypothese (pyramid hypothesis), dass Unternehmensspenden die höchste Stufe sozialen Handelns sind: Die



Die Teilnehmer der Konferenz zur Ökonomie gemeinnütziger Spenden am ZEW.

Foto: ZEW

Mehrzahl derjenigen Unternehmen, die spenden, sind auch in den Bereichen CSR und Sponsoring aktiv. Dagegen gibt es kaum Unternehmen, die ihrer sozialen Verantwortung ausschließlich durch Spenden nachkommen.

Online-Experiment zu Rabatt-Mechanismen

Den zweiten Konferenztag eröffnete ZEW Research Associate Andreas Lange von der University of Maryland mit einem Einblick in die experimentelle Forschung zum Spendenverhalten. Zunächst stellte er ein Feldexperiment vor, welches zeigt, dass der Einsatz von Lotterien im Fundraising zu höheren Spendeneinnahmen führt als ein traditioneller Ansatz. Darüber hinaus wirke die op-

tische Attraktivität der Fundraiser positiv auf die Spendenbereitschaft der untersuchten Haushalte. In einem zweiten (Online-) Experiment konnten die Forscher außerdem zeigen, dass der Einsatz von Rabattmechanismen einen positiven Effekt auf die Spendentätigkeit haben kann.

Abschließend referierte Richard Steinberg (Indiana University Purdue University at Indianapolis) zum Zu-

sammenhang zwischen Erbschaften und Spendenverhalten. So gebe es keinen statistisch signifikanten Effekt von Erbschaften auf Spenden, abgesehen von Spenden an medizinische Zwecke. Es gebe aber Hinweise darauf, dass Individuen Erbschaften zunächst dazu nutzen, einen gewissen Wohlstand aufzubauen, um dann in späteren Jahren höhere Summen zu spenden.

Das Programm enthielt zehn weitere wissenschaftliche Vorträge, die sowohl methodisch als auch inhaltlich das gesamte Spektrum der aktuellen ökonomischen Forschung zum Thema Spendenverhalten abbildeten. Neben steuerlichen Anreizen für Spenden behandelten sie die Motivation für Zeit- und Geldspenden sowie Fragen des Fundraisings.

Sarah Borgloh, borgloh@zew.de

ZEW INTERN

■ **Gemeinsame Juniorprofessur von Universität Heidelberg und ZEW**

Um die Qualifizierung des wissenschaftlichen Nachwuchses sicherzustellen und dadurch einen wissenschaftlich anspruchsvollen Forschungsstandard zu gewährleisten, haben das Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung (ZEW) in Mannheim und die Ruprecht-Karls-Universität in Heidelberg im Jahr 2009 eine Kooperationsvereinbarung geschlossen. Diese zielt darauf ab, die Vernetzung zwischen universitärer und außeruniversitärer Forschung durch die gemeinsame Besetzung einer Juniorprofessur auszubauen.

Jetzt wurde Dr. Melanie Arntz, Wissenschaftlerin des Forschungsbereichs „Arbeitsmärkte, Personalmanagement



und Soziale Sicherung“ am ZEW, zur Juniorprofessorin an die Ruprecht-Karls-Universität berufen. Die Juniorprofessur ist dem Alfred-Weber-Institut der Fakultät für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften der Universität zugeordnet.

■ **ZEW- Wissenschaftler erhält Preis der Ernst & Young Stiftung**

Benedikt Zinn wurde im Juli 2009 für seine hervorragende Diplomarbeit über die „Effektive Steuerbelastung in Europa“ mit dem Preis der Ernst & Young Stiftung ausgezeichnet. In seiner Abschlussarbeit, die an der Universität Mannheim und am ZEW betreut wurde, beschäftigte er sich insbesondere mit den Steuersystemen der europäischen Nicht-EU-Mitgliedsstaaten. Zinn analysierte die steuerliche Standortattraktivität dieser Staaten im Vergleich zu den 27-EU-Mitgliedern. Seine Berechnungen der effektiven Steuerbelastungen erfolgten mit dem von ZEW und Universität Mannheim entwickelten Computersimulationsprogramm European Tax Analyzer.

Benedikt Zinn ist seit Januar 2009 im Forschungsbereich „Unternehmens-



besteuerung und Öffentliche Finanzwirtschaft“ am ZEW tätig. Sein Forschungsschwerpunkt liegt im Bereich der empirischen Analyse von Steuerwirkungen. Darüber hinaus beschäftigt er sich im Rahmen von nationalen und internationalen Steuerbelastungsvergleichen mit steuerlichen Entscheidungswirkungen.

EXPERTENSEMINARE

- 15.12.-16.12.2009 Scientific Talks in English, Berlin
 18.01.2010 Umsetzung der operativen Betriebswirtschaftslehre (Modul II)
 19.01.-20.01.2010 Presenting in English –
 Prepare Yourself for an International Audience

ZEW-Expertenseminare im Internet: www.zew.de/weiterbildung
 Information: Vera Pauli, Telefon 0621/1235-240, E-Mail pauli@zew.de

ZEW DISCUSSION PAPERS

Nr. 09-058, Martin Achtnicht: German Car Buyers' Willingness to Pay to Reduce CO2 Emissions.

Nr. 09-057, Astrid Dannenberg, Tim Mennel, Daniel Osberghaus, Bodo Sturm: The Economics of Adaptation to Climate Change – The Case of Germany

Nr. 09-056, Klaus Rennings, Christian Rammer: Increasing Energy and Resource Efficiency Through Innovation – An Explorative Analysis Using Innovation Survey Data.

Nr. 09-055, Andrea Schertler, Tereza Tykova: Venture Capital and Internationalization.

Nr. 09-054, Felix Schindler, Rottke Nico, Fuess Roland: Testing the Predictability and Efficiency of Securitized Real Estate Markets.

Nr. 09-053, Helmut Fryges, Sandra Gottschalk, Kohn Karsten: The KfW/ZEW Start-up Panel: Design and Research Potential.

Nr. 09-052, Hagen Tobias, Philipp Mohl: Econometric Evaluation of EU Cohesion Policy – A Survey.

Nr. 09-051, Hagen Tobias, Philipp Mohl: How Does EU Cohesion Policy Work? Evaluating its Effects on Fiscal Outcome Variables.

Nr. 09-050, Kathrin Müller, Employment Growth in Newly Established Firms – Is There Evidence for Academic Entrepreneur's Human Capital Depreciation?

Nr. 09-049, Dirk Czarnitzki, Hanna Hottenrott, Susanne Thorwarth: Industrial Research versus Development Investment: The Implications of Financial Constraints.

Nr. 09-048, Felix Schindler, Volatilitätseffekte am US-amerikanischen Häusermarkt.

Nr. 09-047, Alexander Kalb: What Determines Local Governments' Technical Efficiency? The Case of Road Maintenance.

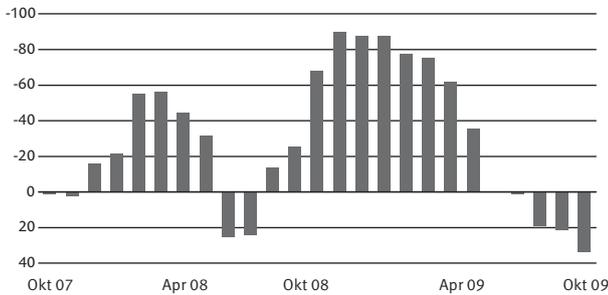
Nr. 09-046, Jenny Meyer: Does Social Software Support Service Innovation?

Nr. 09-045, Waldemar Rotfuß, Christian Conrad, Daniel Rittler: The European Commission and EUA Prices: A High-Frequency Analysis of the EC's Decisions on Second NAPs.

Nr. 09-044, Johannes Gernandt: Decreasing Wage Mobility in Germany.

DATEN UND FAKTEN

ZEW-Finanzmarkttest im Oktober 2009

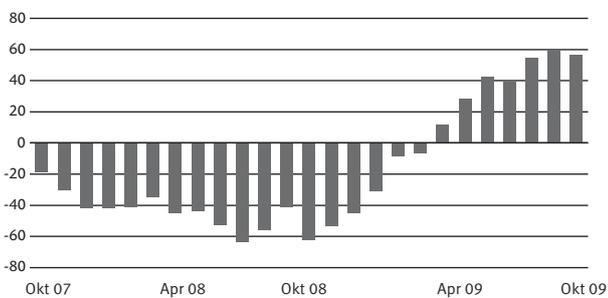


Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der kurzfristigen Zinsen im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

EZB: Zinserwartungen legen zu

In Folge der sich stabilisierenden Konjunktur nimmt der Anteil der Finanzmarktexperten, die eine Zinserhöhung erwarten, zu. Der entsprechende Indikator steigt um 11,1 auf 32,5 Punkte. Die EZB zeigte in der jüngsten geldpolitischen Sitzung keine wesentliche Veränderung ihrer geldpolitischen Haltung. Das Zinsniveau von aktuell einem Prozent betrachten die Währungshüter als angemessen. Den mittelfristigen Inflationsdruck stufen sie infolge einer geringen Ausweitung von Geld- und Kreditmenge als niedrig ein.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de



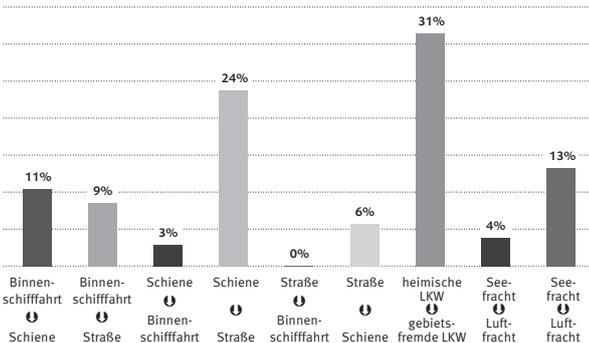
Saldo der positiven und negativen Einschätzungen bezüglich der Konjunktursituation im Euroraum in sechs Monaten. Quelle: ZEW

Euroraum: Optimismus leicht gedämpft

Die Erwartungen für die konjunkturelle Entwicklung im Euroraum haben sich im Oktober geringfügig verschlechtert. Der Saldo aus Optimisten und Pessimisten sinkt um 2,7 auf 56,9 Punkte. Dies signalisiert, dass der Erholungsprozess der Wirtschaft in kleinen Schritten vorangehen wird. Die positiv ausgefallenen Auftragseingänge dürften das Sentiment unterstützt haben, hingegen deuten relativ schwache Einzelhandelsumsätze und eine steigende Arbeitslosenquote auf eine eher zaghafte Erholung beim privaten Konsum hin.

Sandra Schmidt, s.schmidt@zew.de

Verkehrsverlagerungen in der Transportbranche

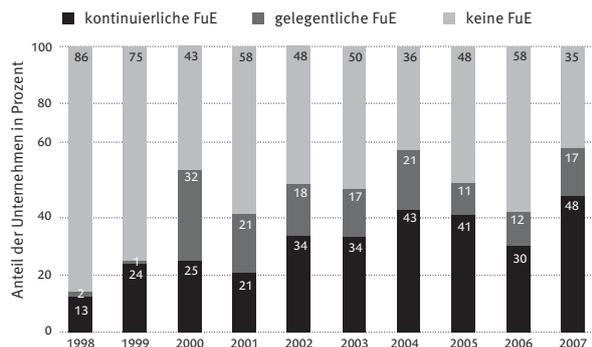


Quelle: ZEW

Im ersten Halbjahr 2009 war ein teils deutlicher Preisverfall in der Transportbranche zu beobachten. Die Experten des TransportmarktBarometers von ProgTrans/ZEW wurden gefragt, ob diese Entwicklung mit Verkehrsverlagerungen (innerhalb oder zwischen den Verkehrsträgern) verbunden ist. Knapp 70 Prozent antworteten, dass ihnen derartige Fälle bekannt sind. Dabei ist die Verlagerung von in- auf ausländische Lkw mit 31 Prozent die am häufigsten genannte Verlagerung. 24 Prozent der Nennungen beziehen sich auf Verlagerungen von der Schiene auf die Straße und 13 Prozent auf die Verlagerung von Luft- auf Seeverkehr.

Dr. Claudia Hermeling, hermeling@zew.de

Software und Telekommunikation setzen verstärkt auf eigene FuE



Quelle: ZEW

Die Unternehmen der deutschen Software-, EDV- und Telekommunikationsbranche führen immer häufiger eigene Forschungs- und Entwicklungsaktivitäten (FuE) durch, um ihre Wettbewerbsfähigkeit zu verbessern. Im Jahr 2007 betrieb fast jedes zweite Unternehmen kontinuierlich FuE, weitere 17 Prozent befassten sich anlassbezogen mit FuE. Allerdings schwankt der Anteil der forschenden Unternehmen beträchtlich: Im Jahr 2000 nahmen viele Unternehmen erstmals eigene FuE auf. Bis 2004 erhöhte sich der Anteil der forschenden Unternehmen auf fast zwei Drittel, sank jedoch bis 2006 wieder stark auf rund 40 Prozent.

Dr. Christian Rammer, rammer@zew.de

STANDPUNKT



Flashmobs

Hätten Sie nicht mal Lust, sich an einem Arbeitskampf aktiv zu beteiligen, obwohl Sie gar nicht betroffen sind? Ihr Wunsch kann in Erfüllung gehen. Das Bundesarbeitsgericht macht's möglich. Sie müssen ja nicht gleich Ihren

Chef wie in Frankreich in Geiselhaft nehmen, nein, das Ganze veranstalten Sie mit Freunden und Bekannten im Supermarkt als Happening mit garantiertem Spaßfaktor.

Und das geht dann so. Im Dezember 2007 organisierte die Dienstleistungsgewerkschaft ver.di in Berlin-Brandenburg während eines von ihr dort geführten Streiks eine Aktion per Internet und Handy, als deren Ergebnis fast 50 Personen überraschend eine Einzelhandelsfiliale aufsuchten, dort mit Waren vollgepackte Einkaufswagen zurückließen und durch den koordinierten Kauf von „Pfennig-Artikeln“ riesige Warteschlangen an den Kassen verursachten. Eine Teilnehmerin begab sich dem Vernehmen nach mit einem solchermaßen gefüllten Wagen an die Kasse, ließ die Waren im Wert von 371,78 Euro eingeben und entschwand dann grinsend und unter dem Gejohle der anderen Teilnehmer der Aktion mit der Bemerkung, sie habe ihr Geld vergessen. Flashmobs nennt man so etwas. Nota bene: Eine Gewerkschaftszugehörigkeit stellte dafür keine Voraussetzung dar.

Der gesunde Menschenverstand denkt bei solchen Handlungen an das Strafgesetzbuch, also etwa an Sachbeschädigung (§ 303) oder Nötigung (§ 240). Nicht so das Bundesarbeitsgericht. Zwar konzidiert es in seinem Urteil vom 22. September 2009 (Aktenzeichen: 1 AZR 972/08), dass eine derartige Flashmob-Aktion in den Gewerbebetrieb des Arbeitgebers eingreife. Dies falle indes unter die durch Artikel 9 Absatz 3 Grundgesetz gewährte Wahl der Arbeitskampfmittel seitens der Gewerkschaften und sei gerechtfertigt, denn – und jetzt kommt es – gegenüber einer Flashmob-Aktion im Einzelhandel „kann sich der Arbeitgeber durch die Ausübung seines Hausrechts oder eine kurzfristige Betriebschließung zur Wehr setzen“ (Pressemitteilung 95/09 des Bundesarbeitsgerichts). Mit dieser Begründung wurde die Klage des Arbeitgeberverbands abgewiesen.

Die in diesen Argumenten zum Ausdruck kommende Realitätsferne des 1. Senats des Bundesarbeitsgerichts ist schwer zu überbieten. Wären Flashmobs nicht so ernst, eigeneten sie sich selbst bei mäßiger Phantasie vorzüglich als Lachplatte. Aber leider stellt dieses Urteil keinen Ausrutscher dar. Vielmehr überbietet es das als bisherigen Tiefpunkt in der jüngeren Rechtsprechung des Bundesarbeitsgerichts angesehene Urteil zu Sympathiestreiks, bei denen die Arbeitnehmer nicht für einen eigenen Tarifvertrag streiken, sondern ihre Solidarität für einen anderen Arbeitskampf zum Ausdruck bringen. Der sympathie-bestreikte Arbeitgeber hat keine Möglichkeit, den Streik durch eigene Zugeständnisse abzuwenden, er wird praktisch als Geisel genommen. Das Bundesarbeitsgericht ficht dies nicht an. Es erklärte Sympathiestreiks für rechtens und verletzt damit eklatant das von ihm ebenfalls vertretene Ultima-Ratio-Prinzip, wonach Arbeitskampfmaßnahmen erst dann zulässig sind, wenn zuvor alle zumutbaren Möglichkeiten einer friedlichen Einigung ausgeschöpft sind.

Nach eigenen Bekundungen möchte die oberste Arbeitsgerichtsbarkeit die Arbeitnehmer schützen. Dieses Bemühen stellt sich vom Grundsatz her gesehen als lobenswert dar. Angesichts der oben dargestellten und weiteren Entgleisungen erhebt sich allerdings die Frage, wer die Unternehmen vor den juristischen Übergriffen des Bundesarbeitsgerichts schützt.

Das Arbeitsrecht ist mittlerweile zu einem Rechtsraum heruntergekommen, in dem die Rechtsprechung über die Normzwecke des Gesetzgebers hinaus fragwürdige Klarstellungen und Weiterentwicklungen durch Urteile vorgenommen hat, die im juristischen Schrifttum ebenfalls auf Kritik und Ablehnung stoßen. Man kann es drehen und wenden wie man will: Hier hilft nur ein Arbeitskampfgesetz, dessen Erstellung der Gesetzgeber jedoch fürchtet wie der Teufel das Weihwasser. Im Koalitionsvertrag von Schwarz-Gelb ist davon keine Rede.

Wolfgang Franz

ZEW

Zentrum für Europäische
Wirtschaftsforschung GmbH

IMPRESSUM

ZEW news – erscheint zehnmal jährlich

Herausgeber: Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW) Mannheim,
L 7, 1 · 68161 Mannheim · Postanschrift: Postfach 10 34 43 · 68034 Mannheim · Internet: www.zew.de, www.zew.eu
Präsident: Prof. Dr. Dr. h.c. mult. Wolfgang Franz · Kaufmännischer Direktor: Thomas Kohl

Redaktion: Kathrin Böhrner, Telefon 0621/1235-103, Telefax 0621/1235-222, E-Mail boehmer@zew.de
Gunter Grittmann, Telefon 0621/1235-132, Telefax 0621/1235-222, E-Mail grittmann@zew.de

Nachdruck und sonstige Verbreitung (auch auszugsweise): mit Quellenangabe und Zusendung eines Belegexemplars
© Zentrum für Europäische Wirtschaftsforschung GmbH (ZEW), Mannheim, 2009